Niederschrift

über die

33. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Montag, den 28.01.2013
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 11:28 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:**Landrat**

Landrat Eberhard Irlinger
stv. Landrat Manfred Bachmayer

CSU-Fraktion

Kreisrat Andreas Galster
Kreisrätin Christa Matschl
Kreisrat Walter Nussel
Kreisrätin Friederike Schönbrunn
Kreisrat Ulrich Wustmann

SPD-Fraktion

Kreisrat Jörg Bubel
Kreisrat Konrad Gubo
Kreisrat Dr. German Hacker
Kreisrat Christian Pech

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm bis 11:10 Uhr, nach TOP II/2
Kreisrat Wilfried Glässer bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Wolfgang Hirschmann

Gäste/Sachverständige

Kreisrätin Elke Weis nicht Mitglied im Kreisausschuss
Kreisbrandinspektor Kopp bis 09:10 Uhr, nach TOP I/2

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Dieter Sperber
Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt
Regierungsdirektor Wolfgang Fischer
Oberregierungsrätin Kathrin Gensler bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Oberregierungsrätin Anne-Marie Müller bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Kreisbaumeister Thomas Lux bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Ltd. Medizinaldirektor Dr. Peter Lederer bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl
Verwaltungsrat Gerhard Zinser bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Gleichstellungsbeauftragte Claudia Wolter bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrätin Karin Jungkunz bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrätin Annette Herla
Regierungsoberinspektor Thomas Wächtler bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigte Heike Kraher bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Regierungsinspektor Matthias Görz bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigte Dorothea Ackermann bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigte Susanne Wollenschläger bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigter Friedrich Geyer bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrat Norbert Walter bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrätin Andrea Wittmann bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsoberinspektor Bernhard Maar bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigter Matthias Peschke bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Verwaltungsamtsrat Armin Deller bis 11:10 Uhr, nach TOP II/2
Verwaltungsoberinspektorin Beate Noppenberger bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
Beschäftigter Thomas Schierhorn bis 10:45 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Schriftführer

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Antrag auf Kreiszuschuss; Caritasverband für die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt e.V.
2. Feuerwehrwesen; Beschaffung von Digitalfunkgeräten.
3. Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der Verkehrsflächen der Tank- und Rastanlage Steigerwald.
4. Abwicklung des Haushaltsjahres 2012.
5. Vorberatung des Kreishaushalts 2013.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 15.01.2013; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung:

1. **Antrag auf Kreiszuschuss; Caritasverband für die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt e.V.**

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält der Caritas-Verband für die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt e.V. für die soziale Beratung von Asylbewerbern/Asylbewerberinnen in der Gemeinschaftsunterkunft einen Zuschuss von 7.500 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über das Jahr 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

2. **Feuerwehrwesen; Beschaffung von Digitalfunkgeräten**

Den Mitgliedern des Kreisausschusses liegen eine ausführliche Sitzungsvorlage der Verwaltung sowie ein Schreiben der Kreisfeuerwehrführung vor.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Erstausrüstung des Katastrophenschutzes und der Kreisfeuerwehrführung im Digitalfunk erfolgt entsprechend dem Taktikkonzept der Kreisfeuerwehrführung.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

3. **Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der Verkehrsflächen der Tank- und Rastanlage Steigerwald**

Den Mitgliedern des Kreisausschusses wurde zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

In mehreren Wortmeldungen wird vorgetragen, die Dimensionierung der Rastanlage müsse im engen Abstimmungsprozess mit den betroffenen umliegenden Kommunen erfolgen. Da eine Stellungnahme des Marktes Wachenroth noch nicht vorliegt, diese aber unterstützt werden sollte, wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 8. März 2013 zu vertagen.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Entscheidung zur Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der Verkehrsflächen der Tank- und Rastanlage Steigerwald wird in die nächste Kreisausschusssitzung vertagt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

4. Abwicklung des Haushaltsjahres 2012

Den Mitgliedern des Kreisausschusses liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Zur Nachfrage zum vorgesehenen Haushaltsausgabereist für einen möglichen Investitionszuschuss des Landkreises zum Neubau einer Rettungswache in Höchststadt a. d. Aisch erklärt Verwaltungsdirektor Sperber, es gebe bisher keinen neuen Sachstand. Nach den im Landratsamt vorliegenden Informationen wolle das BRK in diesem Jahr mit dem Bau einer Rettungswache in Etzelskirchen beginnen. Ungeklärt sei jedoch nach wie vor, inwieweit alle Gemeinden des Einzugsbereiches bereit sind, an deren Finanzierung mitzuwirken. Sobald diese Finanzierung geklärt ist, wird die Angelegenheit den zuständigen Gremien des Landkreises zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Mit der neuen Geschäftsführung des BRK ist diese Woche ein Gespräch vereinbart. Sollte sich ein neuer Sachstand ergeben, werde in der kommenden Kreistagssitzung darüber berichtet.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, im Haushaltsjahr 2012 Haushaltsreste entsprechend der dieser Sitzungsniederschrift beiliegenden Liste zu bilden.

Im Laufe des Haushaltsjahres 2012 sind bei verschiedenen Haushaltsstellen Mehrausgaben entstanden, die durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen gedeckt sind. Die Mehrausgaben und die entsprechende Deckung nach der dieser Sitzungsniederschrift beiliegenden Auflistung werden genehmigt bzw. dem Kreistag zur Genehmigung empfohlen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13

5. Vorberatung des Kreishaushalts 2013

Den Mitgliedern des Kreisausschusses wurden neben dem Haushaltsentwurf 2013 der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.01.2013 auf Abschaffung des Schulgeldes für die Kommunale Fachschule für Maschinenbautechnik in Herzogenaurach sowie eine Vorlage und ergänzende Unterlagen zum Sachstand Stadt-Umland-Bahn zur Verfügung gestellt.

Landrat Irlinger erklärt in seiner Rede zum Haushaltsentwurf 2013 mit einem Gesamtbudget von rund 122 Mio. € könne der Landkreis aufgrund seiner soliden Finanzpolitik und der guten Steuereinnahmekraft der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden auch 2013 seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen und erheblich in den Erhalt und den weiteren Ausbau der öffentlichen Infrastruktur investieren. Obwohl der Hebesatz der Bezirksumlage um 1 Punkt gesenkt wurde, könne der Haushaltsausgleich 2013 nur durch Einplanung einer Kreditaufnahme in Höhe von 5,6 Mio. € herbeigeführt werden. Die Bezirksumlage übersteige mit 33,1 Mio. € noch immer jedes Fachbudget des Landkreises und stehe mit 25 Punkten weiterhin bayernweit auf dem höchsten Stand.

Im Weiteren geht Landrat Irlinger auf die finanziellen Schwerpunkte Schulen (21,7 Mio. €), Sozialbereich (21,2 Mio. €) und öffentliche Einrichtungen, Wirtschaft und Verkehr (12,0 Mio. €) ein und erläutert aus diesen einzelne Maßnahmen und Ziele. Dabei hebt Landrat Irlinger insbesondere die anstehenden Investitionen für den Neubau des Landratsamtes, die Sanierungs-, Modernisierungs- und

Erneuerungsmaßnahmen am Gymnasium Höchststadt a. d. Aisch und den Umbau der Bauhallen am Staatl. Berufsschulzentrum in Herzogenaurach hervor. In diesem Zusammenhang könne auch auf die seit Jahren praktizierte vorbildliche Energiepolitik hingewiesen werden. Durch den Einsatz regenerativer Energien in den Landkreiseinrichtungen und der Energieeinsparung die aufgrund des kommunalen Energiemanagements in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Nordbayern erzielt wurde, konnte eine deutliche CO₂-Reduzierung und damit eine Entlastung der Umwelt erreicht werden.

Die finanziellen Schwerpunkte des Sozialetats lägen bei der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und der Grundsicherung. Erfreulich sei, dass der Bund mit der Verstärkung der Finanzierungsbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung für Senioren und jüngere Erwerbsunfähige einen weiteren Beitrag zur kommunalen Finanzentlastung bei den Sozialausgaben leiste. Im Bereich der Jugendhilfe können die Kostensteigerungen aufgrund steigender Fallzahlen durch den Ausbau ambulanter Hilfen zur Erziehung weitgehend kompensiert werden. Der Landkreis beschränke sich in seinem sozialen und gesellschaftlichen Engagement jedoch nicht alleine auf die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben. Vielmehr werde auf unterschiedlichste Art und Weise, beispielsweise durch zahlreiche Veranstaltungen, sowohl das kulturelle Leben als auch der Sport in verschiedensten Facetten gefördert. Dabei könne der Landkreis im Wesentlichen nur die Grundlagen schaffen. Außerordentlich wichtig sei das hohe Maß ehrenamtlichen Engagements zahlreicher Bürgerinnen und Bürgern in den Vereinen und vielen anderen Gruppierungen. Ihnen gebührt unser aller Dank.

Mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan 2013 des Kreiskrankenhauses St. Anna stelle der Landkreis die Krankenhausversorgung der Grund –und Regelversorgung im Gebiet des westlichen Landkreises sicher. Insbesondere die gesetzlichen Rahmenbedingungen seien der Grund dafür, dass trotz der großen Anstrengungen der Ärzte, Pflegekräfte und der Krankenhausverwaltung zum weiteren Ausbau des Qualitätsstandards und der Wirtschaftlichkeit ein weiterer Anstieg des Fehlbetrages nicht vermieden werden konnte.

Im Weiteren geht Landrat Irlinger auf den Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ein. Diese umfasse den Straßen- und Radewegebau ebenso wie den ÖPNV und die Stadt-Umland-Bahn (StuB). Zusammengefasst müsse zu dieser festgestellt werden, dass alle bisherigen Bestrebungen höhere Förderzusagen von Bund und Land zu erhalten, nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Hinzu komme, dass es von Seiten des Bundes und des Landes über das Jahr 2019 hinaus bisher keine Förderzusagen gibt. Eine Besprechung der Thematik mit Staatssekretärin Hessel ist vorgesehen.

In den anstehenden Haushaltsberatungen gelte es nun, die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des Landkreises zu erhalten und zu stärken. Landrat Irlinger dankt abschließend dem Kreiskämmerer für die stets verantwortungsvolle und solide Finanzpolitik sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Im Anschluss an den Vortrag von Landrat Irlinger wird seitens der Kreisräte Galster, Brehm, Pech und Hirschmann aus Sicht ihrer jeweiligen Fraktion zum vorliegenden Haushaltsentwurf Stellung genommen. Alle Fraktionen gehen dabei nochmals auf die zur Stadt-Umland-Bahn (StuB) am 21. September 2012 getroffene Kreistagsentscheidung ein. Übereinstimmend wird die weitere Bearbeitung des Projektes für notwendig erachtet. Die bisherige Vorgehensweise von Landrat Irlinger für das Projekt schriftliche Zusagen über die geforderte weitergehende Förderung sowohl vom Bund als auch vom Freistaat Bayern zu erhalten, wird begrüßt. Mit einem Haushaltsansatz in Höhe von 200.000 € für die weitere Planung und

Projektbearbeitung besteht weitgehend Einverständnis. Diese Mittel werden von der Stadt Herzogenaurach übernommen. Für die Schaffung einer Ingenieurstelle zur Bearbeitung des Projekts (StUB) wird jedoch von Seiten der CSU- und FW-Kreistagsfraktion derzeit kein Bedarf gesehen und dies deshalb abgelehnt. Kreisrat Galster stellt den Antrag, diese Stelle aus dem Stellenplan zu streichen. Im Rahmen der weiteren Beratung wird insbesondere die Abrechnung zum Fehlbetrag des Kreiskrankenhauses St. Anna in Höchststadt a. d. Aisch sowie eine mögliche Senkung der Abfallgebühren angesprochen. Sowohl der Verwaltungsleiter des Kreiskrankenhauses Zinser als auch Kreiskämmerer Schmidt erläutern den Haushaltsansatz 2013 sowie die Abrechnung der Fehlbeträge des Kreiskrankenhauses aus den Vorjahren. Landrat Irlinger sagt zu, hierzu noch eine schriftliche Erläuterung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus werde die Möglichkeit die Abfallgebühren zu reduzieren im Laufe des Jahres für den Umweltausschuss geprüft.

Nach ausführlicher Beratung fasst der Kreisausschuss folgende Beschlüsse:

1. Der Antrag der CSU-Kreistagsfraktion die im Stellenplan unter Ziffer 51 vorgesehene Schaffung einer Planstelle zur fachlichen Absicherung des weiteren Planungsprozesses der Stadt-Umland-Bahn zu streichen, wird mit 7:6 Stimmen angenommen.
2. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.01.2013 das Schulgeld an der Kommunalen Fachschule für Maschinenbautechnik Herzogenaurach mit Beginn des kommenden Schuljahres abzuschaffen, wird mit 6:7 Stimmen abgelehnt.
3. Der einstimmige Beschluss des Kreisausschusses für die Gewährung eines freiwilligen Zuschusses an den Caritasverband für die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchststadt in Höhe von 7.500 € zu den ungedeckten Kosten der sozialen Beratung für Asylbewerber/Innen, die in der Gemeinschaftsunterkunft Höchststadt untergebracht sind, ist im jeweiligen Haushaltsansatz zu berücksichtigen. Der Ansatz bei Haushaltsstelle 0.4701.7001 wird um 8.000 € auf 138.000 € erhöht.
4. Der Antrag von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vom 18.07.2012 auf Erweiterung der Jugendhilfeplaner-Stelle von derzeit 19,5 Stunden auf eine Vollzeitstelle wird einstimmig beschlossen.

Dem Kreistag wird empfohlen, den vorliegenden Entwurf des Kreishaushalts 2013 mit den vorweg beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 29.01.2013

Eberhard Irlinger
Landrat

Birgit Stolla

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: SG30/013/2013

Sachgebiet: SG 30 - Öffentliche Sicherheit	Datum: 15.01.2013
Bearbeitung: Matthias Görz	AZ: SG 30

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreisausschuss	28.01.2013	öffentliche Sitzung

Feuerwehrwesen; Beschaffung von Digitalfunkgeräten

Anlagen:

Schreiben Kreisfeuerwehrführung

Sachverhalt:

Zum 30.06.2013 erfolgt die Aufnahme des erweiterten Probetriebes (ePB) im Netzabschnitt 37 - Mittelfranken. Mit der flächendeckenden Einführung des Digitalfunks wird eine sinnvolle Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen gewährleistet und die veraltete und störanfällige Analogfunktechnik sukzessive abgeschafft. Weitere Vorteile ergeben sich aus der Abhörsicherheit sowie der Möglichkeit, Datenpakete mit Informationen mittels Funk zu übertragen.

Die Kreisgremien wurden in der Vergangenheit regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen zur Einführung des Digitalfunks informiert. In der Kreisausschusssitzung vom 30.03.2012 wurde die Teilnahme des Landkreises Erlangen-Höchstadt am ePB beschlossen. Die Übertragung der Vergabezuständigkeit hinsichtlich der gemeinsamen Beschaffung von Digitalfunkgeräten an die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG im Deutschen Städtetag (EKV) sowie die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel wurden in der Sitzung des Kreisausschusses vom 20.07.2012 beschlossen.

Zum 20. November 2012 ist nun das Sonderförderprogramm zur Erstausrüstung der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) mit Digitalfunkgeräten in Kraft getreten, das den 2009 gefunden politischen Kompromiss der 80%-igen Förderung der Endgeräte umsetzt. Die Förderrichtlinie bedeutet für den Landkreis Erlangen-Höchstadt die Förderung folgender Geräte:

- 24 Handfunkgeräte (HRT) und
- 24 Fahrzeugfunkgeräte (MRT) jeweils für die Kreisfeuerwehrführung (Kreisbrandrat, 4 Kreisbrandinspektoren, 19 Kreisbrandmeister) sowie
- 3 MRT und
- 2 HRT für die Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (Katastrophenschutz, Großschadenslagen)
- 2 MRT für die Kommunikationsgruppe Katastrophenschutz im Landratsamt sowie
- 5 Funkgeräte (nur Basisförderung für Standardgeräte) für den Gerätewagen Gefahrgut, insgesamt 60 Digitalfunkgeräte.

Dem gegenüber steht ein von der Kreisfeuerwehrlührung erarbeitetes Taktikkonzept für den Landkreis Erlangen-Höchstadt, das 24 Funkgeräte mehr für notwendig erachtet. Notwendig hiernach sind 4 weitere HRT für das luK-Personal (Funkfachpersonal), welches im Landkreis Erlangen-Höchstadt künftig in die Alarmierungsplanung eingebunden werden soll, außerdem 20 weitere HRT, die zunächst für die Ausbildung und später durch die Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung eingesetzt werden sollen. Zur Notwendigkeit wird auf das beigefügte Schreiben der Kreisfeuerwehrlührung verwiesen. In der Sitzung steht für Erläuterungen und Nachfragen zum Taktikkonzept Herr Kreisbrandinspektor Richard Kopp zur Verfügung.

Auch die Kommunen des Landkreises sind bei der Bedarfsermittlung bzw. Ausschreibung ihrer Digitalfunkgeräte zum Großteil dem Taktikkonzept der Feuerwehrlührung gefolgt.

Für Landkreis sind in der laufenden Ausschreibung über die EKV derzeit die 60 förderfähigen Geräte gemeldet. Nach Bekanntwerden der Föderrichtlinie und damit der Nichtförderbarkeit der übrigen Geräte wurde die Ausschreibung um diese Geräte zunächst reduziert, um der Entscheidung des Kreis Ausschusses nicht zuvor zu kommen. Eine Anschaffung der erhöhten Geräteanzahl ist jedoch - je nach Beschlusslage - weiterhin möglich.

Wenngleich der Bereich der Ausbildung als Aufgabe der Gemeinden nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises fällt und unter diesem Gesichtspunkt die Anschaffung durch den Landkreis an sich nicht befürwortet werden kann, erscheint die Anschaffung der Geräte durch die dauerhafte Anschlussverwendung im Katastrophenschutz vernünftig.

Weitere nicht förderfähige Kosten im Digitalfunk entstehen für den Einbau der Fahrzeugfunkgeräte, für die empfohlene explosionsgeschützte Variante für 4 HRT, mit welchen der Gerätewagen Gefahrgut ausgestattet werden soll, sowie für Software. Die anfallenden Kosten für notwendige Software können derzeit nur vage geschätzt werden. Bisherige Nachfragen bei der Projektgruppe DigiNet und der EKV hinsichtlich der hier zu erwartenden Kosten verliefen bislang ohne Erfolg.

Unter anderem aufgrund sich der sich ständig ändernden Sach- bzw. Informationslage im Digitalfunk und aufgrund der dargestellten eingeschränkten Förderung ergeben sich, entgegen der ursprünglichen Einschätzung, Veränderungen im Finanzbedarf für den Landkreis. Diese können durch den vorgelegten Haushaltsentwurf durch Kostendeckung über andere Kostenstellen des Sachgebiets Haushaltes oder notfalls des Gesamthaushaltes jedoch gedeckt werden.

Nach derzeitigem Kenntnis- und Kalkulationsstand ist auf Basis des Taktikkonzepts der Feuerwehrlührung mit folgendem Finanzbedarf des Landkreises für die Erstausrüstung mit Digitalfunkgeräten zu rechnen:

Förderfähig

Gesamtinvestition Funkgeräte Kreisbrandinspektion:	29.880,00 €
Gesamtinvestition Funkgeräte Katastrophenschutz:	9.073,00 €
BOS-Sicherheitskarten:	450,00 €

Nicht förderfähig:

Zusatzfunkgeräte Ausbildung/KatSchutz:	10.240,00 €
BOS-Sicherheitskarten	180,00 €
Funkgeräte Gefahrgutwagen	5.556,00 €
Funkgeräte luK-Personal:	2.144,00 €
Einbaukosten:	39.000,00 €
Software:	10.000,00 €

Gesamtinvestition: **106.493,00 €**
abzgl. Förderung: 31.522,40 €

Finanzbelastung des Landkreises: 74.970,60 €

Grundlage für die Kalkulation der Anschaffungskosten sind die derzeit im Sonderförderprogramm festgesetzten Festbeträge.

II. Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beschließt die Erstausrüstung des Katastrophenschutzes und der Kreisfeuerwehrführung im Digitalfunk entsprechend dem Taktikkonzept der Kreisfeuerwehrführung.

Landratsamt Erlangen-Höchstadt
Marktplatz 6
91054 Erlangen

Der Kreisbrandrat

Marktplatz 6, 91054 Erlangen

Herr Harald Schattan

☎ Telefon: 09132/733409

Mobil: 0172/8141771

☎ Telefax: 09132/733165

✉ E-Mail: harald.schattan@herzovision.de

Herzogenaurach, 04.01.2013

Feuerwehrwesen; Beschaffung von Digitalfunkgeräten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Arbeitskreis Digitalfunk hat ein Taktikkonzept für den Landkreis ERH erarbeitet. Hierbei wurde sowohl der geografischen Struktur des Landkreises als auch der Führungsorganisation der Feuerwehrführung Rechnung getragen. Auch Erfahrungen aus der Vergangenheit, insbesondere dem Ausnahmeereignis Hochwasserkatastrophe in Baiersdorf/Bubenreuth sind hierbei mit eingeflossen, ebenso die Planungen und Konzepte der benachbarten Gebietskörperschaften, z.B. Landkreis Fürth und Stadt Nürnberg.

Dieses taktische Konzept erlaubt es auch Schadensereignisse parallel zu einem Ausnahmeereignis abhandeln zu können. Während sich das Förderprogramm an der Norm für die bisher für die Fahrzeuge vorgeschriebene Mindestausstattung anlehnt, orientiert sich das Taktikkonzept an der gelebten Praxis und dem technisch heute schon im Digitalfunk machbaren. Eine Norm kann die verschiedenen regionalen Besonderheiten nie ganzheitlich erfassen, weswegen diese immer den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt.

Die Ergebnisse aus der Erarbeitung des Taktikkonzeptes hatte bereits eine Empfehlung zur Gerätebeschaffung für die Kommunen zur Folge.

Hierin wurden neben der Normausstattung zusätzlich das "empfohlene Minimum" und das "taktische Optimum" definiert und den Kommunen kommuniziert. Da sich erfreulicherweise sehr viele Gemeinden dem Einkaufsverbund angeschlossen haben und hierbei über der Normausstattung (=geförderte Geräteausstattung) entsprechend der Empfehlung beschaffen wollen, ist es zur erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes nur logisch, dass auch der Landkreis den zur Koordination und Einsatzführung erforderlichen Mehrbedarf an Geräten abdeckt.

Im Falle eines besonderen Ereignisses kann der Landkreis, neben den Aufgaben der UG-ÖEL und der besonderen Führungsdienstgrade die Einheiten vor Ort durch die Gestellung von weiteren HRTs unterstützen.

So wird die Umsetzung des Taktikkonzeptes wirkungsvoll ermöglicht.

Erfreulicherweise werden nun auch die Endgeräte der Fachkreisbrandmeister gefördert, so dass die ursprünglich ermittelte Anzahl von 48 Geräten, welche für die Ausbildung und anschließende Verwendung für UG-ÖEL sowie besondere Führungsdienstgrade geplant war, auf 20 Handfunkgeräte

reduziert werden konnte. Hierbei wurde berücksichtigt, dass sämtliche für die Kreisfeuerwehrführung beschafften Geräte zunächst zu Ausbildungszwecken verwendet werden.
Wir bitten bei der anstehenden Beschaffung das erarbeitete und auf den Landkreis ERH abgestimmte Taktikkonzept zu berücksichtigen und den Mehrbedarf von 20 Digitalfunkgeräten zu beschaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Sven Menger
Dipl.-Ing. und
Kreisbrandmeister Digitalfunk

12 9520

Abwicklung des Haushaltsjahres 2012;

Bildung von Haushaltseinnahme- und -ausgaberesten gemäß § 79 Abs. 2 KommHV - Kameralistik

Im Haushaltsjahr 2012 werden folgende Haushaltsreste gebildet:

a) Haushaltsausgabereste

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag Euro	Erläuterungen
1. Verwaltungshaushalt			
DR .5010	Bauunterhalt	128.000,00	Verwendung Restmittel Bauunterhalt 2012 für Bauunterhalt 2013
UA 6501	Kreisstraßenunterhalt	80.000,00	Verwendung Restmittel Kreisstraßenunterhalt und Winterdienst 2012 für Kreisstraßenunterhalt 2013
0.2---.57--	Lehr- und Unterrichtsmittel der Landkreisschulen	212.039,81	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen, davon Lehr- und Unterrichtsmittel 41.667,10 Euro, lernmittelfreie Bücher 170.372,71 Euro
Summe Verwaltungshaushalt		420.039,81	
2. Vermögenshaushalt - Allgemeiner Bereich			
1.0200.9359	Techn. Ausstattung Landratsamt	48.000,00	Ersatzbeschaffung Kassensautomat
1.1600.9881	Rettungsdienst	250.000,00	Vorbehalt freiwilliger Investitionszuschuss für Neubau Rettungswache Höchststadt
1.2---.9356	Beschaffungen Schulen	98.671,76	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen
Summe allgemeiner Haushalt		396.671,76	
3. Vermögenshaushalt - Bereich Hochbau			
1.0681.9400	Neubau des Landratsamtes	300.000,00	Kosten der Planung
1.2201.9400	Realschule Herzogenaurach	949.940,94	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.2351.9402	Gym. Spardorf, Brandschutzmaßn.	50.000,00	Planung und Konzeptentwicklung
1.2352.9400	Gym. Höchststadt, GI Westbau	224.780,93	Maßnahme im Bau
1.2352.9400	Gym. Höchststadt, Ersatzneubau	168.687,34	Maßnahme im Bau
Summe Bereich Hochbau		1.693.409,21	
4. Vermögenshaushalt - Bereich Tiefbau			
UA 6508	ERH 8 Lkr. - Unterschöllnbach	383.833,26	Baudurchführung 2013/2014 vorgesehen
UA 6533	ERH 33 Geh- und Radweg	10.000,00	Baudurchführung 2013/2014 vorgesehen
UA 6555	ERH 15 Münchaurach-Dondörf.	100.000,00	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6568	ERH 18 Dutendorf - Burgweisach	31.242,03	Finanzielle Restabwicklung der weitgehend abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6575	ERH 25 Ausbau südl. Haundorf	300.000,00	BA I: Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6585	ERH 5 Kreuzungsumbau Baiersd.	126.394,70	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6599	Kreisbauhof Heßdorf	177.979,23	Bau Salzlagerhalle - Auftragsvergabe 12.12.2012
Summe Tiefbau		1.129.449,22	

b) Haushaltseinnahmereste

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag Euro	Erläuterungen
UA 2201	Realschule Herzogenaurach	200.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme
UA 2352	Gymnasium Höchstädt a.d. Aisch	350.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme
Summe Haushaltseinnahmereste		550.000,00	

Haushaltsausgabereste 1981 - 2012

Jahr	Summe	Jahr	Summe
- in 1.000 Euro -			
1981	5.642	1997	2.382
1982	8.592	1998	4.088
1983	7.859	1999	2.938
1984	9.108	2000	4.743
1985	6.306	2001	4.503
1986	2.366	2002	4.498
1987	2.823	2003	5.775
1988	1.928	2004	1.948
1989	1.906	2005	2.318
1990	2.965	2006	3.915
1991	3.343	2007	1.694
1992	3.843	2008	3.879
1993	4.654	2009	3.304
1994	4.686	2010	6.987
1995	2.574	2011	8.894
1996	4.996	2012	3.639

Abwicklung des Haushaltsjahres 2012;
Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art. 60 Abs. 1 Landkreisordnung

Im Rahmen der Jahresrechnung 2012 sind folgende ergänzenden Mittelbereitstellungen erforderlich:

1. Zuständigkeit des Kreisausschusses gemäß § 31 i.V.m. § 29 Abs. 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz Euro	Soll- ausgaben Euro	Mehr- ausgaben Euro	Deckungs- vermerk	Erläuterungen
Vermögenshaushalt						
0681.9320	Neubau Landratsamt	4.085.639,30	4.166.600,00	80.960,70	MA UA 0681	Kosten des Grunderwerbs

2. Zuständigkeit des Kreistages gemäß § 29 Abs. 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz Euro	Soll- ausgaben Euro	Mehr- ausgaben Euro	Deckungs- vermerk	Erläuterungen
Verwaltungshaushalt						
2901/2902	Schülerbeförderung	3.360.000,00	3.537.000,00	177.000,00	MA UA 5100 ME UA 9000	Kostensteigerung Förderzentrum Herzogenaurach, Gymnasium Wiesentheid, VGN. Deckung durch MA Krankenhausumlage, ME Grunderwerbsteuer
Vermögenshaushalt						
9121.9786	Tilgung von Krediten	2.800.000,00	3.017.707,68	217.707,68	MA UA 9121	Ersparte Zinsausgaben

ME = Mehreinnahmen MA = Minderausgaben DR = Deckungsreserve